

Solidarität mit Geflüchteten und Mittelmeerländern



LDK in Konstanz am 6.-7.10.2018

Gremium: Kreisverband Stuttgart
 Beschlussdatum: 27.09.2018
 Tagesordnungspunkt: V Sonstige Anträge und Resolutionen

- 1 Seit Jahren fliehen Menschen über das Mittelmeer nach Europa – vor Krieg, vor
- 2 den Folgen der Klimakatastrophe und aus wirtschaftlicher Perspektivlosigkeit.
- 3 Europa übt sich derweil in einer unmenschlichen Abschottungspolitik. Grenzen
- 4 werden geschlossen und Schiffen der zivilen Seenotrettung das Anlaufen
- 5 europäischer Häfen verboten. Seit dem Regierungswechsel in Italien im Frühjahr
- 6 hat sich die Situation für Flüchtlinge auf ihrem Weg nach Europa noch einmal
- 7 deutlich verschlechtert.
- 8 Allein im ersten Halbjahr 2018 starben rund 1.400 Menschen bei der Überfahrt
- 9 nach Europa. An den europäischen Außengrenzen zeichnet sich eine humanitäre
- 10 Notlage ab. Die Arbeit der zivilen Seenotrettung wird weiter massiv behindert:
- 11 Die maltesischen Behörden halten die „Lifeline“ im Hafen fest, blockieren die
- 12 „Sea-Watch“, die „Seefuchs“ und das Flugzeug „Moonbird“. Nachdem nun auch noch
- 13 der „Aquarius 2“ die Flagge entzogen wurde, befinden sich im Mittelmeer keine
- 14 zivilen Rettungsschiffe mehr. Inzwischen sterben weitere Menschen. Unabhängig
- 15 von der Tatsache, dass auch Europa einen erheblichen Teil zu den Fluchtgründen
- 16 beiträgt und wir das für die Zukunft ändern müssen, kann das nicht die alleinige
- 17 Antwort auf aktuelle Fluchtbewegungen sein. Die Menschen sterben jetzt, wenn wir
- 18 ihnen nicht helfen!
- 19 Wir Grüne stehen zum internationalen Recht und hinter der Seenotrettung von
- 20 Flüchtlingen auf dem Mittelmeer. Wir können nicht einfach zusehen, wie
- 21 Rettungsschiffen das Anlaufen sicheren Häfen verboten wird und Flüchtlingsboote
- 22 zurück nach Libyen geschickt werden. Zugleich ist klar, dass wir Griechenland,
- 23 Italien, Malta und Spanien bei der Flüchtlingsaufnahme nicht alleine lassen
- 24 dürfen. Das Dublin-Abkommen ist gescheitert. Da mit einer Lösung auf
- 25 europäischer Ebene so schnell nicht zu rechnen ist, müssen wir vor Ort aktiv
- 26 werden – in den Kommunen, Ländern und Staaten der EU. Beispielsweise hat die
- 27 Stadt Stuttgart, wie viele andere Städte auch, ihre Bereitschaft signalisiert,
- 28 Geflüchtete von den Schiffen der zivilen Seenotrettung aufzunehmen.
- 29 Diese Solidarität mit Geflüchteten sowie anderen EU-Staaten erwarten wir auch
- 30 von unserer grüngeführten Landesregierung. Denn ehe Rettungsschiffe an
- 31 europäischen Küsten abgewiesen werden, weil die Mittelmeeranrainernländer den
- 32 Zugang nicht mehr bewältigen können, sollten sich die anderen EU-Staaten
- 33 bereiterklären, diese Menschen aufzunehmen. Was wir ablehnen, ist ein Deal à la
- 34 Seehofer, der Geflüchtete aus Italien nur im Austausch für Rückführungen von
- 35 "Dublin-Fällen" aufnehmen will. Das ist keine Solidarität, sondern ein
- 36 bürokratisches Nullsummenspiel.

- 37 **Daher fordern wir die Landesregierung auf, alle ihr zur Verfügung stehenden**
38 **Möglichkeiten zu nutzen, aus Seenot gerettete Geflüchtete aufzunehmen und so das**
39 **Sterben im Mittelmeer zu verhindern - beispielsweise mit einem Sonderprogramm.**
40 **Außerdem fordern wir die Landesregierung auf, sich bei der Bundesregierung dafür**
41 **einzusetzen, Flüchtlinge aus den Mittelmeerländern aufzunehmen.**

Begründung der Dringlichkeit

Die Lage an den EU-Außengrenzen, wo Malta die Ausfahrt von zivilen Rettungsschiffen blockiert, hat sich zuletzt weiter verschärft. Auf Druck Italiens hat Panama am 25. September dem Schiff "Aquarius" die Flagge entzogen und es somit lahmgelegt. Wie "Zeit Online" einen Tag später informierte, verlangt nun die maltesische Hafenbehörde von der Organisation "Sea-Eye" einen Verzicht auf weitere Rettungsmissionen nur dann dürfe ihr Schiff "Seefuchs" wieder ablegen. "Sea-Watch", eine andere zivile Rettungsorganisation, soll ebenfalls aufgefordert worden sein, eine ähnliche Unterlassungserklärung abzugeben. Es ist aktueller und dringlicher denn je, uns solcher unmoralischen und menschenfeindlichen Politik entgegen zu stellen und deutlich zu machen, dass unser Boot nicht voll ist!